

P R e s s e

S P i e g e l

## Polen - Pressespiegel 30/2023 vom 27.07.2023

---

*Das finden Sie in dieser Ausgabe*

- *Jan Zielonka: Migrationspolitik ist zu wichtig, um sie in den Händen von Politikern zu lassen*
- *Junge Menschen wollen heute ein angenehmes und friedliches Leben, keine großen Ideen*
- *Medizinische und polizeiliche Gewalt gegen Joanna wegen der Einnahme der Abtreibungspille. Hier sind die Lügen der Polizei*
- *Michalik: Man muss keine Spione aussenden, um Kaczyńskis versteckte Pläne kennen zu lernen*
- *Oleksandr Shushko: Die Ukraine wird der NATO beitreten. Die Frage ist wann und zu welchem Preis*
- *Ziobro, Kaczyński – Populisten oder bereits mehr?*

*Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche*

## Jan Zielonka: Migrationspolitik ist zu wichtig, um sie in den Händen von Politikern zu lassen



Quelle: [rp.pl](https://rp.pl)

*Die Migration nimmt zu, weil es in unserem Land einen Bedarf dafür gibt. Die rassistische Rhetorik einiger Politiker wird die demografischen Probleme und den Arbeitskräftemangel nicht überdecken.*

*Ein Kommentar von **Jan Zielonka***

**M**igration gibt es seit Anbeginn der Menschheit. Es reicht aus, einfach das Evangelium zu lesen. Das Neue Testament gibt präzise moralische Leitlinien für den Umgang mit Migranten, und es ist überraschend, dass Politiker, die vorgeben, christliche Werte zu verteidigen, die Leitlinien des Evangeliums ignorieren.

Auf praktischer Ebene sind moderne Politiker noch erbärmlicher als auf ethischer Ebene. Sie glauben, dass Migration an der Grenze gelöst werden kann. Manche wollen eine Mauer bei uns, andere wollen diese Mauer in der Türkei oder in Libyen, natürlich für unser Geld. Natürlich, denn die unmenschliche Behandlung von Flüchtlingen in Libyen ist dort weniger sichtbar als an der Grenze zu Belarus. Das Problem ist, dass auf lange Sicht beide Optionen die Probleme der Migration nicht lösen, ganz zu schweigen vom moralischen Kater.

Eine wirksame Migrationspolitik muss einen präventiven Aspekt und alternative Behandlungsmöglichkeiten haben. Ansonsten verhält sich eine Regierung wie ein Zahnarzt, der nur Zähne zieht. Migrationsprävention besteht in der Milderung der sie verursachenden Faktoren. Der größte Migrationsimpuls ist der Krieg, und leider ist unsere Außenpolitik fernab der Grenzen Polens nur symbolisch. Natürlich hat die Ukraine strategische Priorität, aber der Migrationsdruck aus dem Süden kann nicht ohne ein ernsthaftes Engagement in Libyen, Sudan oder Syrien gemildert werden.

Ein weiterer Auslöser für Migration ist Armut. Polen wirbt stolz mit seinem Wirtschaftswachstum, doch das Ausmaß der Hilfe für arme Länder ist nicht sehr beeindruckend. Auch unsere wirtschaftlichen Investitionen in den armen Regionen der Welt sind bescheiden. Ganz zu schweigen von unserer obstruktiven Klimapolitik, obwohl immer mehr Menschen abwandern, weil es kein Wasser oder Luft zum Atmen gibt. Anstatt über Quoten, Stacheldraht und Mauern zu sprechen, sollten wir uns auf Armut, Kriege und Klimawandel konzentrieren, die die Ursache für Migration sind.

Die Migration nimmt zu, weil es in unserem Land einen Bedarf dafür gibt. Die rassistische Rhetorik einiger Politiker wird die demografischen Probleme und den Arbeitskräftemangel nicht überdecken. Daher bauen viele Regierungen mit viel Getöse Mauern und nehmen still und leise Migranten auf. Die Segregation von Migranten ist in der Praxis nicht einfach, da die benötigten Arbeitskräfte häufig eine andere Hautfarbe, Religion und ein anderes Familienmodell haben als das von der Regierung geförderte. Darüber hinaus zeigen die Schwierigkeiten bei der Assimilation ukrainischer Flüchtlinge, dass Migration eine vernünftige Bildungs-, Beschäftigungs- und Gesundheitspolitik erfordert, die mittlerweile Gegenstand ideologischer Auseinandersetzungen ist.

Migrationspolitik ist zu wichtig, um sie in den Händen von Politikern zu lassen, aber die bevorstehenden Wahlen werden es uns ermöglichen, diejenigen von der Macht zu entfernen, die Unsinn über Migration und Migranten reden.

**Zsfg.: AV**

<https://www.rp.pl/publicystyka/art38753951-jan-zielonka-polityka-migracyjna-jest-zbyt-wazna-by-zostawic-ja-w-rekach-politykow>



[www.mleczko.pl](http://www.mleczko.pl)

**VERSPRICH, MICH BIS ZUM ENDE DER FERIEN ZU LIEBEN**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:  
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

## Junge Menschen wollen heute ein angenehmes und friedliches Leben, keine großen Ideen



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

Von *Jakub Wencel*

„**Konfederacja** erzählt eine bodenständige Geschichte. Und sie überzeugt die Jüngsten, weil sie mit dem Leben übereinstimmt, das sie führen wollen“, erklärt Zuzanna Szybisty, Mitgeschäftsführerin der Agentur Profeina und Mitautorin der Studie „Debütanten ‚23“ über die Einstellungen der jüngsten Wählergruppe, gegenüber „Wyborcza“.

*Jakub Wencel: Die Studie ‚Debütanten ‚23‘ kommt zu einer interessanten Zeit heraus, in der wir alle über die Einstellungen, Meinungen und Wahlpräferenzen junger Menschen sprechen. In dieser Diskussion gibt es viele verschiedene, manchmal widersprüchliche Stimmen. Wie denken die jüngsten Wähler in Polen heute?*

Susanna Szybisty: Es sind sehr pragmatische Menschen. In unserer Umfrage kam sehr stark zum Ausdruck, dass sie Wert auf Nähe, Gesundheit und Sicherheit legen. Sie lassen sich nicht von großen Ideen leiten. Weder „Gott, Ehre, Vaterland“, noch Demokratie oder Ökologie, noch Reichtum oder Prestige. Aber das heißt natürlich nicht, dass ihnen diese Themen gleichgültig sind - sie haben nur eher das Gefühl, dass einige dieser Themen schon lange hätten erledigt werden müssen.

Ich finde es ziemlich überraschend, dass zum Beispiel 66 Prozent die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften unterstützen. Dies ist eine Generation, die von Politikern keine lauten Debatten, Diskussionen und Argumente erwartet. Sie erwartet konkrete Lösungen, keine Brandbekämpfung, sondern langfristige Strategien.

*Manche meinen, dass diese 66 Prozent nicht ausreichen.*

Trotzdem: Da diese Leute sich bereit erklären, rechte Parteien oder eben die [rechtsextreme] **Konfederacja** zu wählen, steht das irgendwie gar nicht im Widerspruch zu ihnen. Wenn wir das in den so genannten

Kreuztabellen überprüfen, sogar die Personen, die erklären, für die *Konfederacja* zu stimmen, sind für die zivilen Partnerschaften. Wir sprechen über Menschen, für die Polen ihr ganzes bewusstes Leben lang in der Europäischen Union war, und das Land ist in zwei große politische Parteien gespalten. Als sie die weiterführende Schule besuchten, waren sie wiederum monatelang zuhause eingesperrt.

Dann brach der Krieg aus, die Inflation wütete. Das sehen sie. Und vielleicht wollen sie deshalb Ruhe und Frieden. Und hier greifen die großen Ideen oder die großen politischen Diskussionen nicht. Was sie fesselt, sind konkrete Lösungen für konkrete Probleme.

*Die jüngsten Wählerinnen und Wähler teilen die in der öffentlichen Debatte geäußerten Ängste, z. B. vor dem Klima und der Umwelt, in hohem Maße – aber die Ökologie ist nicht das Wichtigste in ihrem Leben.*

Themen wie saubere Luft als solche finden keine Resonanz, wohl aber die grünen Forderungen, die in ihre Lebensqualität einfließen. Wir sprechen die ganze Zeit über Lebensqualität. Sie wollen ein ruhiges, sicheres, angenehmes Leben führen. Sie wollen gute Nachbarschaften haben. Beziehungen zu anderen Menschen sind für sie wichtig. Es ist ihnen wichtig, wie sie leben und wo sie leben.

In der Umfrage gab es eine Frage nach den Forderungen, die eine „ideale Partei“ haben sollte. Unter den 30 Forderungen stand die Steuersenkung an erster Stelle: Gut, aber wir sind uns einig, dass wir keine großen Gedanken von Leuten erwarten, die wahrscheinlich noch nie in ihrem Leben Steuern gezahlt haben. Drei „grüne“ Forderungen schafften es in die „Top 10“ der idealen Partei – gute öffentliche Verkehrsmittel, Reduzierung der Abholzung und Umstellung auf grüne Energie. Es ist also nicht so, dass die jungen Leute keine Ökologie wollen. Sie wollen eine Ökologie, die ihre Lebensqualität verbessert.

*Der Bericht kommt zu einer Zeit, in der das Thema Nummer eins in den Medien die Umfragewerte der Konfederacja sind. Eine Gruppierung, die heute nicht mit dem Slogan „Gott, Ehre, Vaterland“, sondern mit dem Slogan „Haus, Grill, grünes Gras, zwei Autos“ wirbt. Es ist eine Vision des idyllischen Lebens, wie aus einem amerikanischen Film über die Vorstädte der 1950er Jahre. Warum kommt es bei jungen Leuten an? Warum ist das so attraktiv?*

Weil es eine so einfache, bodenständige, geradlinige Geschichte ist. Sie überzeugt die Jüngsten, weil sie mit der Vision des Lebens übereinstimmt, das sie führen wollen. Die Mitglieder der *Konfederacja* verstehen das sehr gut, weshalb sie statt über hehre Ideale wie ‚Gott, Ehre, Vaterland‘ über Heimat, Grillpartys, Autos und Auslandsreisen sprechen.

Den jüngsten Wählern fällt es schwer, sich mit hochtrabenden, unspezifischen oder sie nicht direkt betreffenden politischen Programmen zu identifizieren. Sie wollen ihre Freunde an einem Ort treffen, der nicht weit weg ist. Sie wollen sicher mit dem Fahrrad in eine Kneipe fahren oder sich im Park zu einem Picknick treffen.

Es ist auch wichtig, dass diese Erzählungen positiv sind und nicht, dass sie etwas von mir verlangen. Das ist das ganze Problem bei der Diskussion um den Klimawandel, dass jemand von mir verlangt, meinen Lebensstil zu ändern. Diese Erzählung wollen sie nicht hören.

Die jüngsten Wähler sind sich offensichtlich der Klimakrise bewusst. Sie wissen um den Verlust der biologischen Vielfalt. Sie wollen nur nicht diejenigen sein, die Abstriche machen müssen, um sie zu verbessern. Ist das möglich? Ich weiß es nicht.

*Ich habe den Eindruck, dass es sich um eine neue Generation von „warmes Wasser aus dem Hahn“ handelt - vielleicht diesmal nicht „warm“, sondern „sauber“. Obwohl es ja so aussah, als wäre dieser Slogan diskreditiert und es gäbe kein Zurück mehr zu ihm. In der Zwischenzeit erinnert sich die jüngste Wählergeneration nicht mehr an die Welt vor der Smolensk-Katastrophe – und zu den ständigen politischen Spannungen sind in letzter Zeit Pandemien und Kriege hinzugekommen.*

Und jetzt schreien die jungen Leute, mit denen wir gesprochen haben, nach einer Atempause. Wir alle hoffen auf den heiligen Frieden und meinen, wir sollten das Leben genießen. Es schockiert mich nicht, dass es diese Einstellung bei den 18- bis 21-Jährigen gibt.

*Und wie können diese Menschen aktiviert werden, sich zum Besseren zu wenden, wenn sie den heiligen Frieden wollen?*

Eine einfache Lösung gibt es nicht. Junge Menschen sind nicht massenhaft klimaaktiv, aber es gibt immer mehr verschiedene Bewegungen: die *Inicjatywa Wschód*, der Jugend-Klimastreik. Es sind natürlich nur eine Hand voll Leute, aber wenn man sich zum Beispiel die sozialen Medien dieser jungen Aktivisten anschaut, ziehen sie immer mehr Leute an. Das hat natürlich noch keinen Schneeballeffekt, und ich weiß nicht, ob es überhaupt einen geben wird.

Eine Lösung kann in Maßnahmen auf Mikroebene bestehen. Die Nachbarschaftsebene ist die niedrig hängende Frucht, die die Politiker erreichen können. Wenn junge Menschen sehen, dass das Leben in ihrer Nachbarschaft angenehmer wird, dann werden sie die Effizienz des Staates erkennen. Wenn sich in der unmittelbaren Umgebung schnell etwas ändert, sei es ein neuer Radweg oder die Eröffnung eines neuen Parks, dann werden die Menschen diese Veränderungen wahrnehmen und sehen, dass es schöner sein kann, in ihrem Viertel zu leben. Dann sind sie auch in der Lage, sich für weitere Projekte zu engagieren.

Interessant ist auch, dass fast die Hälfte der Befragten die Idee der 15-Minuten-Städte unterstützt. Für mich ist das allerdings recht überraschend, denn in Polen fehlt diese Idee in der öffentlichen Debatte völlig. Und das ist für junge Menschen sehr attraktiv.

*Um auf diese „tief hängenden Früchte“ zurückzukommen - schließlich ist es in Polen schon seit Jahren so, dass die Leistung der lokalen Behörden besser bewertet wird als die der Behörden auf nationaler Ebene, weil die Menschen die Ergebnisse ihrer Arbeit einfach sehen können.*

Wir schätzen die lokalen Regierungen gut ein und die jungen Leute denken genauso. Da sind wir wieder bei unserem persönlichen Vergnügen, unserer Mikrowelt. Es ist kein Wunder, dass wir uns lieber für etwas engagieren, das uns direkt betrifft und unsere Lebensqualität direkt verbessert. Und nicht für etwas, das durch irgendeine Entscheidung in Warschau verursacht wird, die ich nicht ganz verstehe.

*Bereiten Sie - als Profeina - vor den Wahlen im Herbst weitere Projekte für junge Menschen vor?*

Die Umfrage ist der erste Teil unseres Projekts. Wir wollen eine Diskussion über die jüngsten Wähler anregen, und zwar ganz bewusst über diese jüngsten Wähler, denn sie sind ein bisschen zu oft eine Art mythische Gruppe der Wählerschaft.

Es scheint mir wichtig und recht interessant, dass es keine signifikanten Unterschiede zwischen den jüngsten Wählern in Bezug auf ihren Wohnort gibt: ob sie auf dem Land oder in einer Großstadt leben. Die Unterschiede sind natürlich nach Geschlecht, nach Alter, nach Bildungsniveau – ob sie lernen oder bereits studieren, nach Beschäftigungsstatus. Nach Geschlecht sind diese Unterschiede signifikant.

Wir planen, diese Gruppen junger Aktivistinnen zu engagieren, um Gleichaltrige zu aktivieren, zur Wahl zu gehen, denn das ist immer wieder eine Herausforderung. Aber damit diese jungen Menschen überhaupt zu den Wahlen gehen, müssen sie das Gefühl haben, dass sie etwas bewirken können, dass sie einen Unterschied machen können. Deshalb wollen wir mit dieser Kampagne andere Jugendgruppen unterstützen, die junge Wähler ansprechen wollen.

Wir planen auch Debatten mit Politikern und Nichtregierungsorganisationen, vor allem zu dem von mir hervorgehobenen Thema, nämlich der engen Nachbarschaft. Unser Ziel ist es, das Thema Umweltqualität und Luftqualität in diesem Wahlkampf in die Debatte zu bringen. Es scheint, dass dies am effektivsten über das Thema der unmittelbaren Nachbarschaft geschehen kann. Wir erhoffen uns eine nachdenklichere und informierende Debatte mit den jüngsten Wählern. Es geht nicht darum, sie von der einen oder anderen Sache zu überzeugen, sondern sie dazu zu bringen, zur Wahl zu gehen. Und wenn sie dann wählen gehen - dass sie bewusster wählen.

**Zsfg.: JP**

## Medizinische und polizeiliche Gewalt gegen Joanna wegen der Einnahme der Abtreibungspille. Hier sind die Lügen der Polizei



Quelle: [oko.press](https://oko.press)

„Die Polizei gibt selbst zu, dass sie nicht die Absicht hatte, die Frau vor dem Selbstmord zu bewahren. Sie nahm an, dass jemand ihr bei der Abtreibung geholfen hatte. Die Polizei demütigte die Frau, zwang sie, sich auszuziehen“, sagt Natalia Broniarczyk vom Abortion Dream Team gegenüber OKO.press

Joanna beschloss im April 2023, die Schwangerschaft abubrechen, die ihr Leben bedrohte. Sie bestellte über das Internet eine Abtreibungspille. Nach der Einnahme der Pille fühlte sie sich unwohl und meldete dies ihrer Ärztin, die wiederum die Polizei verständigte. Als die Frau in der Notaufnahme des Krakauer Krankenhauses ankam, wurde sie von der Polizei an Ort und Stelle befragt – während einer Untersuchung. Die Beamten befahlen Joanna, sich auszuziehen, Kniebeugen zu machen und zu husten. Die Geschichte der Frau wurde von TVN24 aufgedeckt.

„Ich habe mich ausgezogen. Ich habe mein Höschen nicht ausgezogen, weil ich immer noch blutete und es zu demütigend, erniedrigend für mich war, und da bin ich explodiert, da habe ich ihnen ins Gesicht geschrien: *Was wollt ihr von mir!*“, sagt Joanna.

### Polizei gibt Erklärung ab

Obwohl sie gegenüber den Polizeibeamten wiederholte, dass ihr niemand geholfen habe, dass sie die Tablette selbst im Internet bestellt habe und sich nichts antun wolle, fragten die Beamten, wo ihr Telefon und ihr Laptop seien. Vier Polizeibeamte bildeten einen Kordon um Joanna und behinderten die Ärzte schwer. Die Frau wurde in Polizeibegleitung in ein anderes Krankenhaus mit einer gynäkologischen



Abteilung gebracht, wo eine weitere Streife wartete. Vor Ort zwangen die Polizeibeamten die Frau, ihr Telefon auszuhändigen.

Dies teilte die Polizei am Mittwoch, den 19. Juli 2023, in einem Interview mit Interia mit.

„Darin gibt die Polizei zu, dass sie gemäß Artikel 152 am Tatort eintraf und nicht, um die Frau vor dem Selbstmord zu retten. Sie ging von vornherein davon aus, dass jemand der Frau zu einer Abtreibung verholfen haben muss. Das ist Patriarchat pur“, sagt Natalia Broniarczyk, eine Aktivistin der Initiative Abtreibung ohne Grenzen und des Abtreibungs-Dream-Teams, die mit uns das skandalöse Verhalten der Polizei analysiert, gegenüber OKO.press.

### **I. Es ging nicht um die Rettung vor dem Selbstmord**

„Am 27. April erhielten wir die Meldung eines Psychiaters, der die 112 anrief und uns mitteilte, dass seine Patientin abgetrieben hatte und sich umbringen wollte. Er gab uns die Adresse der Frau, zu der ein Krankenwagen und eine Polizeistreife entsandt wurden“, sagte der Sprecher der Polizei von Klempenow, Sebastian Gleń.

Nachdem die Polizei bei Joanna zuhause angekommen war und festgestellt hatte, dass sie sich nichts antun will, hätte die Polizei sie in Ruhe lassen sollen. Aber das passierte nicht.

Die Frau wurde von einem Krankenwagen abgeholt und in Begleitung eines Polizeiwagens in ein Krankenhaus in der Wrocławska-Straße in Krakau gebracht. Dort sollte die Frau nach der Untersuchung in das Narutowicza-Krankenhaus gebracht werden, wo es eine gynäkologische Abteilung gab. Polizeibeamte waren bereits vor Ort.

Ein Sprecher erklärt, dass sie überhaupt nicht auf Joanna gewartet haben und die Frau „das vielleicht gedacht hat“. Sie kamen vor dem Krankenwagen am Tatort an, weil sie „zufällig näher dran waren“.

Joanna beharrte darauf, dass niemand ihr bei der Beendigung ihrer Schwangerschaft geholfen habe. Aber die Polizei sagt, es bestehe „der Verdacht, dass einer schwangeren Frau mit illegal beschafften Mitteln zum Schwangerschaftsabbruch verholfen wurde“.

### **II. Die Polizei sollte zur Befragung einbestellen, aber nicht demütigen**

Die Polizei hat selbst zugegeben, dass ihr Eingreifen gemäß Artikel 152 erfolgte und nicht, um Frau Joanna vor dem Selbstmord zu bewahren. Sie nahm an, dass ihr jemand bei der Abtreibung geholfen haben muss.

„Abtreibung ist in Polen kein Verbrechen. Selbst wenn der Verdacht bestand, dass jemand bei der Abtreibung geholfen und ihr Pillen weiterverkauft hat, hat sich die Polizei nicht angemessen verhalten“, sagt Natalia Broniarczyk.

„Eine Frau sollte das Recht haben, die gynäkologische Untersuchung abzuschließen. Dann hätte sie zu einer Anhörung vorgeladen werden müssen, zu der sie das Recht gehabt hätte, mit einem Anwalt zu kommen. Anstatt dessen musste sie in der Praxis des Gynäkologen, wo sie sich sicher hätte fühlen müssen, intime Dinge erklären. Die Polizei demütigte die Frau, zwang sie, sich zu entkleiden. Sie bestrafte sie symbolisch dafür, dass sie sich weigerte, Mutter zu werden. Es handelt sich um geburtshilfliche, medizinische und polizeiliche Gewalt. Denn die Frau wurde von einer Ärztin bei der Polizei angezeigt. In Polen werden die Patienten kein Vertrauen in die Ärzte haben, wenn sie sie bei der Polizei anzeigen und auf diese Weise die ärztliche Schweigepflicht verletzen“, sagt Broniarczyk.

### **III. Die Polizei hatte keinen Grund, Computer und Telefon weg zu nehmen**

Ein Polizeisprecher erklärte, dass „die Geräte, mit denen die Frau den Kauf dieser Drogen abschließen wollte, sichergestellt werden mussten“. Außerdem mussten die Beamten sicherstellen, dass „die Frau keine Drogen aus einer unbekanntem Quelle bei sich trug, die bei Einnahme ihr Leben gefährden könnten“.

„Die Maßnahme hätte sofort durchgeführt werden müssen, aber die Frau wollte nicht kooperieren und die von den Polizeibeamten angeforderten Gegenstände nicht freiwillig herausgeben“, sagt der Polizeibeamte.

Nur, dass Joannas Habseligkeiten kein Beweismittel in dem Fall darstellten. Die Polizeibeamten hätten sie nicht behalten dürfen. Das hätten sie nur tun dürfen, wenn die Frau zugegeben hätte, dass ihr jemand

gehoffen hat. Oder die Aussage verweigert hat, um jemanden nicht zu belasten. Oder – wenn die Polizei aus anderen Quellen über die Beteiligung von Dritten wusste. Aber das war nicht der Fall. Die Polizei hätte auch einen Durchsuchungsbefehl der Staatsanwaltschaft haben müssen. Aber sie hatte keine solche Befugnis.

#### **IV. Es wurde niemand angeklagt**

Die Polizei wirft den Ärzten vor, Polizeibeamte zu behindern.

„Aufgrund der angespannten Atmosphäre wurde eine weitere Streife zum Krankenhaus gerufen. Die Polizei beschlagnahmte auch das Laptop und das Mobiltelefon der Frau. Die Beschlagnahme des Telefons und des Laptops wurde in einem Protokoll dokumentiert und war notwendig, um die Herkunft der gekauften Droge festzustellen und zu untersuchen, ob der Verkauf rechtmäßig war“, so ein Polizeibeamter.

Und er verweist auf Artikel 124 des Arzneimittelgesetzes, in dem es heißt: „Wer ein Arzneimittel ohne Genehmigung für das Inverkehrbringen in den Verkehr bringt oder zum Zwecke des Inverkehrbringens aufbewahrt, wird mit einer Geldstrafe, einer Freiheitsbeschränkung oder einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft.

Nur, dass die Polizei all diese Maßnahmen nicht sofort durchführen musste. Denn Joanna hatte nicht gegen das Gesetz verstoßen. Bei der Staatsanwaltschaft läuft jetzt ein Verfahren wegen Beihilfe zur Abtreibung von Joanna, aber in den drei Monaten seit dem dramatischen Ereignis wurde niemand angeklagt.

#### **V. Die Polizei hat das Recht des Patienten verletzt**

Die Oberste Ärztekammer gab eine Erklärung zu Joannas Fall ab und erklärte, sie untersuche den Fall.

„Nach den uns vorliegenden Informationen wurden die Dienststellen über einen vermuteten Selbstmordversuch informiert. Ein Arzt, der einen solchen Versuch vermutet, ist verpflichtet, die zuständigen Stellen zu benachrichtigen, um ein gefährdetes Leben zu retten. Die Gespräche mit dem 112-Disponenten werden aufgezeichnet, sodass sie überprüfbar sind (Inhalt der Meldung). Im Falle einer Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht wird der zuständige Ombudsmann für berufliche Verantwortung ein Verfahren in diesem Fall einleiten“, schreibt die Ärztekammer.

„Gleichzeitig möchten wir betonen, dass das, was der Patientin widerfahren ist, eine Verletzung ihrer Rechte darstellt, und wir hoffen, dass der Fall von Amts wegen vom Patientenombudsmann aufgegriffen wird. Wir sind nicht damit einverstanden, das Recht des Patienten auf Intimität und ärztliche Schweigepflicht zu verletzen und die Hilfeleistung für den Patienten zu behindern. Die ärztliche Schweigepflicht wird in Polen vom Gericht aufgehoben“.

Der Ombudsmann schaltete sich in Joannas Fall ein. „Um alle Umstände und den Verlauf des Vorfalls zu klären, bat das Büro des Bürgerbeauftragten den Polizeichef der Stadt Krakau um Erklärungen, insbesondere um die rechtliche Grundlage und die Gründe für das Eingreifen.“

**Zsfg.: JP**

<https://oko.press/przemoc-wobec-joanny-tabletka-poronna>

## Michalik: Man muss keine Spione aussenden, um Kaczynskis versteckte Pläne kennen zu lernen



Eliza Michalik

Quelle: [natemat.pl](https://natemat.pl)

Von **Eliza Michalik**

**D**ie politische Rede von Jaroslaw Kaczynski in Jasna Góra [in Tschenstochau] war eine klare Demonstration der Macht einer Partei, die sich selbst als führende Kraft der Nation betrachtet, und eine offizielle Ankündigung des Bündnisses der PiS mit der katholischen Kirche, um die Macht zu erhalten.

Und dass ein Sprecher des Klosters anschließend verkündete, dass „die Gastgeber dieses Ortes noch sensibler werden müssen, um die Autorität von Jasna Góra nicht für irdische, kurzfristige Zwecke in Anspruch zu nehmen“, zeigt nur die Schwäche der Kirche, die, da sie nicht die Kraft hat, dem Satrapen die Stirn zu bieten, piepsend versucht, die Reste eines Anscheins von Anstand zu bewahren - was ja ohnehin unmöglich ist.

Die politische Machtdemonstration der PiS in Jasna Góra hat in Polen, einem Land mit infantilem, rituellem Katholizismus, große Wirkung. Zumal katholische Priester in vielen Teilen Polens offen für die PiS agitieren. In Verbindung mit den Millionen, die aus Steuergeldern an Rydyk fließen, und den Gesetzen, die die Privilegien der Kirche festschreiben, ergibt sich ein klares Bild politischer Korruption, die offenkundig ist und den Bürgern nicht einmal mehr verborgen bleibt.

Die Bestechung der Kirche durch die PiS zur Aufrechterhaltung der autoritären Herrschaft ist offenkundig, und nichts wird die Schuld der Kirche und ihrer Gläubigen, die diese Institution weiterhin unterstützen, jemals auslöschen. Nichts wird jemals die Tatsache ändern, dass sich die Kirche in einer Situation historischer Bedrohung Polens auf die Seite des Bösen geschlagen hat, und zwar aus den niedrigsten möglichen Motiven: Habgier und Machtgier.

### **Wir werden auf unsere Hintern und Brieffaschen geschlagen**

Es stimmt, wie ein Twitterer schrieb, dass unter der PiS in Polen eine Art etwas modernere Leibeigenschaft eingeführt wurde. Denn abgesehen von der Technik und allen Annehmlichkeiten des 21. Jahrhunderts leben wir hier in etwa so wie einst die Leibeigenen. Der Bürgerrechte beraubt, schufteten wir, damit die „Herren“ von der PiS ihre privaten Taschen füllen können.

Und natürlich werden wir von Zeit zu Zeit vom PiS-Finanzbeamten auf den Hintern und die Brieffasche geschlagen. Wir können uns nicht auflehnen oder widersetzen, weil wir damit schwere Repressionen riskieren. Die PiS macht, was sie will, von niemandem kontrolliert, der Mensch als Individuum verliert an Bedeutung und der „Staat“ wird als Privatbesitz verstanden. Der Einflussbereich der PiS, in dem wir alle entrechtete Arbeiter sind, wächst weiter.

Es ist kein Wunder, dass der echte Slogan (den man kaum als Slogan bezeichnen kann, er ist einfach eine Feststellung der Tatsachen) – „PiS bedeutet hohe Preise“ – die Machthaber bis zur Weißglut erzürnt. Das Gefühl, dass man kein Geld zum Leben hat, dass man an die Wand gefahren ist, ist das Einzige, was Kaczyńskis Partei wirklich schaden kann. Die Menschen machen sich keine großen Sorgen über Menschenrechte und den Verlust der Freiheit, wenn sie etwas in den Topf werfen können. Aber wenn sie das nicht haben, dann kann alles passieren. Solche Aufstände hat es in der Geschichte schon mehrfach gegeben.

Der Vorsitzende der PiS weiß das, weshalb er in Jasna Góra den Satz „die Macht können wir nicht aufgeben“ gesagt hat. Denn der Verzicht auf die Macht wäre das Ende von allem für seine Partei, auch das Ende der Freiheit für viele ihrer Mitglieder.

Seit Jahren habe ich die Theorie, dass Jarosław Kaczyński immer die Wahrheit darüber sagt, was er tun wird, man muss nur zuhören können. Das ist übrigens einer seiner überraschendsten und beunruhigendsten Züge: Der Mann ist ein Satrap, ein Diktator, und er ist unfähig, so zu tun, als sei er ein demokratischer Politiker, selbst wenn er es wirklich wollte und selbst wenn er dafür eine Menge Geld bekäme. Er ist von Natur aus dazu nicht in der Lage, denn ihm fehlen die Eigenschaften, ohne die man nicht einmal den Eindruck von Respekt vor dem Gesetz, dem Staat und seinen Bürgern erwecken kann. Um die verborgenen Pläne des Vorsitzenden der PiS herauszufinden, ist es daher in der Regel nicht notwendig, Spione auszusenden, sondern es reicht aus, zuzuhören und Schlüsse zu ziehen.

In Jasna Góra äußerte Kaczyński auch den Satz: „Wenn wir die Unterstützung der Polen bekommen, wird uns nichts aufhalten“, was ich als klares Signal für eine Erklärung zum Austritt Polens aus der EU sehe. Die PiS, die bereits die meisten ihrer Bremsen verloren hat, wird sie im Falle eines Wahlsiegs im Herbst, egal ob ehrlich oder nicht, vollständig verlieren. Ich denke, dass eine solche Orgie der Gesetzlosigkeit, des Diebstahls, der Verfolgung, des Rechtsbruchs und der Einführung russischer Standards, wie wir sie dann erleben werden, nicht einmal von Kaczyńskis größten Gegnern erwartet wird.

**Zsfg.: JP**

<https://natemat.pl/498827,by-poznac-skrywane-plany-kaczynskiego-nie-trzeba-wysylac-szpiegow>

## Oleksandr Shushko: Die Ukraine wird der NATO beitreten. Die Frage ist wann und zu welchem Preis



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

*Interview von Piotr Andrusieczko mit Oleksandr Shushko, ukrainischer Experte für internationale Politik, Geschäftsführer der International Renaissance Foundation.*

**Piotr Andrusieczko: Waren die Erwartungen der Ukraine an den NATO-Gipfel in Vilnius übertrieben? Vor dem Gipfel lasen wir harte Äußerungen von Präsident Wolodymyr Selenskyj, dass die Ukraine zum Beitritt zum Bündnis eingeladen werden sollte.**

Oleksandr Shushko: Die Antwort wird nicht einfach sein, denn einerseits haben nicht nur die Behörden, sondern auch die Zivilgesellschaft sehr aktiv entschiedenere Schritte zugunsten der Mitgliedschaft der Ukraine gefordert, vorgeschlagen und erwartet. Dies stand in der Tat unter starkem Druck, und viele in der Ukraine waren der Meinung, dass man jetzt eine Einladung verdiente, die natürlich später, nach dem Krieg, durch den Mechanismus der Aufnahme weiterverfolgt werden würde.

Aber gleichzeitig war es im Hinblick auf eine realistische Betrachtungsweise offensichtlich eine zu optimistische Position. Da wir schon früher schnell den EU-Kandidatenstatus erlangen konnten, führte es dazu, dass wir auf ein weiteres Wunder warteten.

Ich betrachte es gleichzeitig von zwei Seiten und glaube, dass die ukrainische Seite das Ziel, die Einladung zu erhalten, richtig gesetzt hat. Die indirekte Folge davon war jedoch die Gewissheit, dass dieses Ziel erreicht werden würde, was zu überhöhten Erwartungen führte. Ich habe verstanden, dass entschlossenere Schritte erforderlich sind, und gleichzeitig habe ich verstanden, dass wir dieses Ergebnis jetzt nicht erreichen werden. Ich wurde also nicht enttäuscht, aber viele sind es.

**Ich fragte nach diesen Erwartungen, denn die ersten Reaktionen vieler ukrainischer Kommentatoren waren sehr emotional. Einige schrieben direkt, es sei ein Scheitern des Gipfels gewesen, dass die NATO beschlossen habe, keine historische Entscheidung zu treffen. Aber wie beurteilen Sie das Ergebnis des Vilnius-Gipfels?**

Zweifellos war es kein totaler Misserfolg, aber es war auch kein großer Fortschritt, kein Sieg, kein strategischer Kurswechsel. Der Gipfel erwies sich als Routine, er wird nicht in die Geschichte eingehen, obwohl er es theoretisch gekonnt hätte. Angesichts der Stimmung in einigen europäischen Hauptstädten war es jedoch verständlich, dass ein solcher Durchbruch unwahrscheinlich war. Dennoch haben wir, wie so oft in der Politik, einen halben Erfolg erzielt.

**Sie haben über die Stimmung in einigen NATO-Mitgliedstaaten gesprochen. Kann man sagen, dass die Angst vor Russland in einigen Hauptstädten immer noch sichtbar ist? Könnte dies Ihrer Meinung nach ein Hindernis für die zukünftige Integration der Ukraine in die NATO sein?**

Es besteht tatsächlich die Angst, die NATO könnte direkt in den Krieg hineingezogen werden. Viele in Europa glauben, wenn die NATO jetzt eine Einladung zum Beitritt aussprechen würde, würden sie dies in Moskau so behandeln, als würde sich das gesamte Bündnis dem Krieg anschließen. Und genau davor haben die Eliten in diesen Ländern Angst. Dies ist sogar verständlich, obwohl die Einladung de jure natürlich nicht den automatischen oder schnellen Eintritt aller Mitglieder direkt in den Krieg mit Russland mit sich bringt. Aber hier ist bereits Wahrnehmung am Werk: mehr Einschätzung als Realität.

Wenn es um eine weitere Eskalation geht, dann hat Russland gelegentlich mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht. Natürlich ist dies ein Diskussionsthema im Westen – in welcher Situation, unter welchen Bedingungen könnte Russland sie anwenden. Es ist möglich, dass jemand denkt, dass die Einladung der Ukraine zur NATO ein Vorwand dafür sein könnte. Allerdings kann jede Hilfe für die Ukraine, insbesondere wenn es um den Transfer schwerer Waffen geht, als potenzieller Vorwand für den Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch Russland angesehen werden.

In Vilnius erwies sich der Westen einfach als unvorbereitet, dieses Problem schnell zu lösen. Über die ferne Perspektive einer Mitgliedschaft besteht angeblich Einigkeit, ein schneller Weg für die Ukraine wäre aber eine strategische Entscheidung.

In der ukrainischen Expertenwelt herrscht die Meinung vor, dass ein schneller Beitritt der Ukraine zur NATO nach dem Vorbild Finnlands und Schwedens derzeit der beste Schritt wäre. Verständlicherweise wären dazu Antworten auf einige Fragen erforderlich, beispielsweise zu den nicht von der Ukraine kontrollierten Gebieten. Aber im Allgemeinen wird ein solcher Schritt aktiv diskutiert.

Viele in der Ukraine glauben, dass ein rascher Beitritt der Ukraine zur NATO die rationalste, kostengünstigste und sicherste Lösung wäre, um diesen Krieg zu beenden und einen ähnlichen Krieg in der Zukunft zu verhindern.

**Vor diesem Hintergrund waren in der Ukraine teilweise harsche Einschätzungen zu hören, in denen der Gipfel in Vilnius mit dem Gipfel in Bukarest 2008 verglichen wurde. Damals wurde angeblich die Tür für die Ukraine und Georgien geöffnet, gleichzeitig wurde aber auf Druck Russlands der Beitritt der Ukraine und Georgiens zum Membership Action Plan (MAP) blockiert.**

Erstens bin ich mir nicht sicher, ob es sich lohnt abzuschätzen, wie emotional eine Reaktion ist. In der Ukraine ist alles sehr emotional – deshalb waren diese Reaktionen normal. Was den Vergleich mit Bukarest angeht, haben wir natürlich das Recht, alles zu vergleichen, aber es ist wichtig, eine gewisse Korrektheit zu haben, wenn es um Analogien geht.

Was Bukarest betrifft, so denke ich, dass Vilnius, wenn ich davon „im Geiste eines Halberfolges“ spreche, seine Fortsetzung ist. Angeblich wurde in Vilnius ein bedeutender Schritt gemacht, und ein ebenso bedeutender Schritt wurde auch in Bukarest gemacht. Es wurde anerkannt, dass die Ukraine und Georgien in Zukunft Mitglieder des Bündnisses werden könnten, aber gleichzeitig wurde keine Perspektive festgelegt und niemand wollte praktische Schritte unternehmen, nicht einmal einen MAP vorlegen. In Vilnius sind wir

natürlich noch viel weitergegangen. Zunächst einmal haben wir eine sehr wichtige Zusage für weitere Hilfe – die langfristigen Zusagen, die die G7-Länder angekündigt haben. Aber auch in diesem Teil, der die Mitgliedschaft im Bündnis selbst betrifft, herrscht wieder keine vollständige Klarheit. Es wurden Formulierungen eingeführt, die nicht einmal die Bedingungen festlegen, was wann stattfinden soll. Unser Beitritt kann also jederzeit erfolgen, und die Liste der Bedingungen kann von jedem auf seine Weise interpretiert werden, und dann können sich zusätzliche Bedingungen ergeben. Daher lösten diese Formulierungen auf dem Gipfel in der Ukraine keine Begeisterung aus.

**Verständlicherweise sind die Vereinigten Staaten die wichtigste Stimme zur Frage der Mitgliedschaft der Ukraine. Der nächste Nato-Gipfel in Washington findet vor dem Hintergrund der Präsidentschaftswahl statt. Wie schätzen Sie die daraus resultierenden Risiken für die Ukraine ein?**

Zweifellos ist die Aussicht auf diese Wahlen ein Problem. Die parteiübergreifende Unterstützung der Ukraine bleibt in den amerikanischen Eliten bestehen, wie aus den Abstimmungen im Kongress hervorgeht. Aber gleichzeitig wissen wir, dass sich die Position von Donald Trump stark von der von Joe Biden unterscheidet. Und wenn er an den Wahlen teilnimmt und eine Chance auf den Sieg hat, wird das natürlich die Aussichten der Ukraine beeinträchtigen. Daher gibt es in diesem Zusammenhang echte Bedenken, und viele in der Ukraine glauben, dass wichtige Entscheidungen zur Sicherstellung eines ukrainischen Sieges vor den Wahlen getroffen werden sollten. Einschließlich der Frage der NATO-Mitgliedschaft. Die Ukrainer hoffen, dass die Biden-Regierung der Vorkämpfer für die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine sein wird, der andere überzeugen kann.

Die aktuelle Situation in dieser Hinsicht unterscheidet sich von der Situation in Bukarest im Jahr 2008. Damals war die amerikanische Regierung aktiver dabei, der Ukraine eine Perspektive zu geben, während die europäischen Staats- und Regierungschefs dagegen waren. Jetzt hat sich die Situation geändert, und nach den uns vorliegenden Daten war es die amerikanische Seite, die der Meinung ist, dass es für einen so entscheidenden Schritt noch zu früh ist. Soweit ich weiß, wird die Frage der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine von Biden und seiner Regierung als die größte Belohnung angesehen, die die Ukraine in dieser Situation erhalten kann. Und sie wollen sie aus verschiedenen Gründen nicht jetzt hergeben, sondern für die Zukunft behalten.

**Können wir in diesem Fall beim Gipfeltreffen in Washington im nächsten Jahr mit günstigeren Entscheidungen für die Ukraine rechnen?**

Daran muss man arbeiten. Vor uns liegt noch viel diplomatische Arbeit. Sowohl auf der Ebene der offiziellen Diplomatie als auch auf der Ebene zivilgesellschaftlicher Organisationen. Es muss spürbarer, konstruktiver Druck auf westliche Entscheidungszentren ausgeübt werden, damit sich die Staats- und Regierungschefs, vor allem Biden, beim nächsten Gipfel in Washington mit der Tatsache abfinden, dass es keinen Sinn hat, den Moment der Einladung der Ukraine noch länger hinauszuzögern. Natürlich gibt es keine Garantie, aber man muss daran arbeiten.

**Sie haben die Unterschiede zwischen den Positionen der USA und der europäischen Länder während der Gipfeltreffen in Bukarest und Vilnius erwähnt. Es ist verständlich, dass Länder wie Polen, Tschechien, Litauen, Lettland und Estland die Mitgliedschaft der Ukraine unterstützen, aber auch in einigen Ländern kam es zu einem Positionswechsel in dieser Frage, der 2008 den Prozess der Ukraine-Mitgliedschaft verlangsamte.**

In den europäischen Mitgliedstaaten gibt es noch immer keinen einheitlichen Standpunkt. Aber dennoch gibt es auch keine negative Einheit, die es in Bukarest gab. Damals waren alle westeuropäischen Länder einstimmig dagegen, der Ukraine einen MAP zu geben. Und jetzt gibt es keine solche Einheit mehr, und selbst Frankreich, geschweige denn Großbritannien, war zu entschlosseneren Schritten bereit. Was Deutschland betrifft, vertrat Bundeskanzler Scholz eine ähnliche Position wie Biden. Aber auch in den politischen Eliten Deutschlands sorgte das Thema für Diskussionen, und etwa im Auswärtigen Amt, im Verteidigungsministerium und im Bundestag waren ernsthafte Stimmen zu hören, die sich für ein entschiedeneres Vorgehen zugunsten der Ukraine aussprachen.

### **Ihrer Meinung nach wird die Ukraine in der NATO sein?**

Ich bin mir sicher. Ich kann mir eine langfristige Sicherheitspolitik ohne die Ukraine nicht vorstellen. Andernfalls wird es eine endlose Geschichte von Kriegen geben, die jegliche Aussichten für die Ukraine, die Region und den Frieden zerstören. Es gibt einfach kein anderes Instrument, weil es nach der Geschichte des Budapester Memorandums von 1994 (Russland war einer der Garanten für die territoriale Integrität der Ukraine) auch kein Vertrauen in irgendwelche Alternativen gibt. Ich bin optimistisch, was die längere Perspektive angeht. Aber die Frage ist, wann werden wir dort ankommen und welchen Preis werden wir zahlen?

**Zsfg.: AV**

<https://wyborcza.pl/7,75399,29990437,oleksandr-szuszko-ukraina-bedzie-w-nato-pytanie-brzmi-kiedy.html#S.TD-K.C-B.3-L.2.duzy>



## Ziobro, Kaczyński – Populisten oder bereits mehr?



Quelle: [wyborcza.pl](https://wyborcza.pl)

Ein Kommentar von **Wojciech Maziarski**

**M**it der demonstrativen Freilassung der rechtskräftig verurteilten aggressiven Extremistin Marika Matuszak aus dem Gefängnis tritt Zbigniew Ziobro nicht zum ersten Mal als Förderer extremer und hasserfüllter Milieus auf – rassistisch, antisemitisch, faschistoid.

Zuvor hatten seine Leute die Ermittlungen gegen den ehemaligen Priester Jacek Międlar lange Zeit torpediert (wenn man über ihn sagt, er sei ein Nationalist, könnte man auch gleich gar nichts sagen) und schließlich, zur Jahreswende 2020/21, gelang es ihnen, die Ermittlungen vollständig einzustellen. Ziobros Vertraute in der Staatsanwaltschaft führten in der Begründung der Einstellung aus, dass Międlar gegen Juden hetzend während einer Messe am Jahrestag der Gründung der ONR lediglich von seiner Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht habe. Erinnern wir uns daran, was er sagte: „Die Unterdrücker und der benebelte, passive jüdische Mob werden euch in die Knie zwingen wollen, ihr sollt kriechen, zermalmt werden, verschluckt, verdaut und schließlich ausgespuckt werde. Null Toleranz gegenüber jüdischer Feigheit!“

Die Staatsanwältin, die trotz der Sabotage von oben bemüht war, die Ermittlungen gegen ihn fortzusetzen, nannte er „Unkraut“, das beseitigt werden müsse. „Der Schnitt muss schnell und präzise erfolgen“, sagte Międlar.

Jacek Międlar und Piotr Rybak, ein weiteres ähnliches Exemplar, das berühmt wurde, weil er das Bildnis eines Juden verbrannte und an seinem Haus eine Inschrift anbrachte: „Polnisches Haus. Kein Zutritt für

Juden, Kommunisten und alle Diebe und Verräter Polens“, sprach vor ein paar Jahren auf YouTube einen Toast auf den „guten Wandel“ in der Staatsanwaltschaft aus.

Ist der Staatsanwalt, der über solchen Menschen einen Schutzschirm aufspannt, ein ebensolches Exemplar? Kann Ziobro selbst Rechtsextremismus vorgeworfen werden? Oder Kaczyński? Schließlich erinnern wir uns noch gut daran, dass er sich auch des öfteren Rhetorik und Tricks aus dem faschistischen Repertoire zu Nutze machte. Er hetzte gegen Minderheiten, auf Transsexuelle und machte sich öffentlich über sie lustig. Er hetzte gegen Fremde, die angeblich Viren exotischer Krankheiten nach Polen bringen.

Aus dem Geschichtsunterricht erinnern wir uns, dass Faschismus auch eine Tendenz zur Gewalt und zur Missachtung rechtlicher Verfahren beinhaltet, die nur gut für Weicheier sind. Der faschistische Tapfere ergreift, wenn der Anführer ruft, den Knüppel und sorgt selbst für Ordnung. Und wir erinnern uns an Jarosław Kaczyński, der Schläger dazu aufrief die Kirchen gegen demonstrierende Frauen zu verteidigen. Wir erinnern uns an Frauen, die vor den Augen der Polizei vor der Warschauer Heilig-Kreuz-Kirche geschlagen wurden, und an die Tritte gegen einen KOD-Aktivisten am Gedenktag für 1976 in Radom, der anschließend als Teilnehmer an einer Schlägerei genauso angeklagt wurde, wie die, die ihn angegriffen hatten, wir erinnern uns an die Schläger, die Kundgebungen der Opposition gestört haben...

Es gibt viel davon. Berechtigt uns das, bereits das Wort „Faschismus“ zu benutzen?

Der ungarische Soziologe Bálint Magyar, Autor der berühmten Analyse des Mafiastaates, unterscheidet in einem neuen, in Polen noch unveröffentlichten Buch über Regime in postkommunistischen Ländern zwischen faschistischen und populistischen Politikern. Er schreibt: „Populisten sind keine Antisemiten, sie haben es nicht auf Juden abgesehen.“ Allerdings sind Antisemiten für sie ein potenzieller politischer Kunde. Ihr Problem mit den Banken ist nicht, dass sie „jüdisch“ sind, sondern dass sie nicht ihnen gehören. Sie sind auch nicht rassistisch – sie wollen lediglich die Unterstützung derjenigen gewinnen, die es sind. Sie tun es bewusst, kalkuliert und kalt. Im Gegensatz zu ideologischen Extremisten, einschließlich Faschisten, verweisen Populisten nicht immer auf dieselbe Gruppe. Sie wechseln oft ihren Feind je nach dem aktuellen politischen Klima.

Um also eindeutig festzustellen, ob Ziobro und Kaczyński „nur“ Populisten sind oder ob sie härtere Bezeichnungen verdienen, müsste man in ihre Köpfe eindringen und prüfen, ob sie ernsthaft an das glauben, was sie sagen und tun, oder ob sie sich von zynischen Berechnungen leiten lassen. Eine eher unmögliche Aufgabe.

Vielleicht ist es also einfacher, der bekannten Maxime zu vertrauen: Wenn etwas wie eine Ente aussieht, wie eine Ente geht und wie eine Ente quakt, ist es wahrscheinlich eine Ente.

**Zsfg.: AV**

<https://wyborcza.pl/7,75968,29984774,ziobro-kaczynski-populisci-czy-juz-cos-wiecej.html#S.opinion-K.P-B.1-L.1.glowka>

## ZITAT DER WOCHE



Quelle: [fakt.pl](https://www.fakt.pl)

"Was jetzt in Polen geschieht, ist ein Krieg der Polen gegen einen Eindringling. Die Widerstandsbewegung und die Demokraten kämpfen an vorderster Front gegen den PIS-Invasor. Und daher sind die PIS-Internet-Trolle Verräter, Spitzel, Erpresser und Kollaborateure des Eindringlings in diesem Krieg. So ist das nun mal."

**Zbigniew Holdys** - polnischer Musiker, Dichter, Journalist, Grafiker und Drehbuchautor

Quelle:

[https://m.facebook.com/story.php?story\\_fbid=pfbid02UCWLmVDybFxFxLh2EJZqLcw4rRvRQ3iqpprywehUUGfXuKyPQBgAf3VBWUhg5NxbPRI&id=100001190308367](https://m.facebook.com/story.php?story_fbid=pfbid02UCWLmVDybFxFxLh2EJZqLcw4rRvRQ3iqpprywehUUGfXuKyPQBgAf3VBWUhg5NxbPRI&id=100001190308367)

## **t-online.de**

Polen zieht gegen "autoritäre" EU-Klimapolitik vor Gericht

[https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/eu/id\\_100210550/polen-klagt-gegen-autoritaere-klimapolitik-der-eu.html](https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/eu/id_100210550/polen-klagt-gegen-autoritaere-klimapolitik-der-eu.html)

---

## **sueddeutsche.de**

PiS bangt um die Macht in Polen

<https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-wahlkampf-pis-rechtsextreme-konkurrenz-1.6037782>

---

## **inforadio.de**

Wo bleibt die deutsch-polnische Sicherheitspolitik?

<https://www.inforadio.de/rubriken/debatte/das-forum/2023/07/polen-ukraine-krieg-sicherheitspolitik-militaerpolitik.html>

---

## **vaticannews.va/de**

Radio-Akademie: Polen - Kirche im Umbruch

<https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2023-07/7-radio-akademie-polen-kirche-wojda-erzbischof-johannes-paul.html>

---

## **mdr.de**

Geschlechterkampf in Polen: Wenn die Liebe an der Politik zerbricht

<https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/polen-maenner-frauen-geschlechterkampf-wahl-100.html>

**DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas**

<https://forumdialog.eu/>

**POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung**

<http://www.polen-und-wir.de/>

**REDAKTION:**

[kontakt@mitte21.org](mailto:kontakt@mitte21.org)

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik